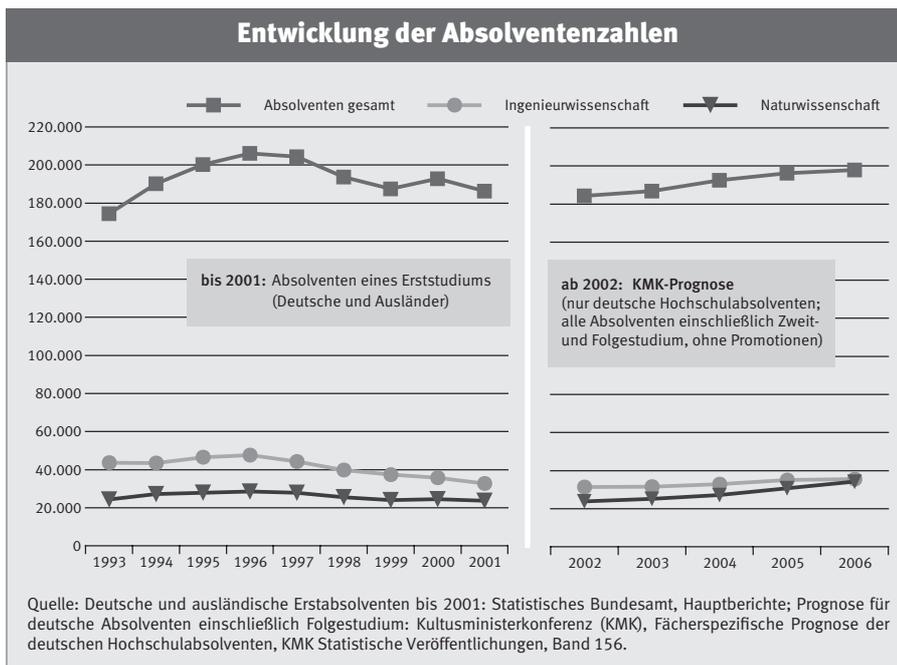


## Hochschulabsolventen werden knapp

Der Anteil der Akademiker an den Beschäftigten nimmt in Deutschland immer weiter zu. Die Anzahl der Hochschulabsolventen insgesamt, und insbesondere die der Absolventen ingenieur- und naturwissenschaftlicher Fächer, geht indessen seit Mitte der Neunzigerjahre stark zurück. Dabei sind es primär diese Qualifikationen, die auch in Zukunft zur Verfügung stehen müssen, um die technologische Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten. Dies ergibt eine aktuelle Studie des ZEW und der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS), Hannover.



Wie bedroht die Innovationskraft der deutschen Unternehmen in Zukunft ist, machen die folgenden Zahlen deutlich: Haben Mitte der 1990er Jahre jährlich noch rund 48.000 Ingenieure und knapp 28.500 Naturwissenschaftler die deutschen Hochschulen mit einem Diplom verlassen, waren es 2001 nur noch rund 33.500 Ingenieure und 23.500 Naturwissenschaftler. Nach der Prognose der Kultusministerkonferenz werden die Absolventenzahlen der Inge-

nieure bis 2006 nur geringfügig und die der Naturwissenschaftler nur im Bereich Informatik nennenswert ansteigen.

Diese Entwicklung ist vor allem deswegen Besorgnis erregend, weil Deutschland im internationalen Vergleich ohnehin sehr geringe Akademikerquoten und eine Unterbesetzung mit techniko-orientierten Akademikern aufweist. So betrug der Anteil von Hochschulabsolventen an den relevanten Altersjahrgängen im Jahr 2000 in Deutschland knapp 20 Pro-

zent, bei mehr als 25 Prozent im OECD-Durchschnitt. Die Anzahl von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern pro 100.000 Erwerbspersonen in der Altersklasse von 25 bis 34 Jahren lag in Deutschland am Ende des Jahrtausends mit weniger als 700 ebenfalls deutlich unter dem OECD-Durchschnitt, der knapp über 1.000 betrug. Es ist daher davon auszugehen, dass in Deutschland ohne eine zügige Erhöhung der Absolventenzahlen oder ohne eine erhebliche Steigerung der Zuwanderungszahlen technologisch qualifizierter ausländischer Akademiker erhebliche Fachkräfteknappheiten wirksam werden, mit den entsprechenden wirtschaftlichen Folgen.

Wo liegen die Bildungspotenziale, die in Deutschland mobilisiert werden können?

### In dieser Ausgabe

- Hochschulabsolventen werden knapp . . . 1
- EU-Finanzmarktaufsicht: Wachsendes Systemrisiko erfordert Kontrolle . . . . . 3
- IT ändert die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten . . . . . 4
- ZEW-Konferenz . . . . . 5
- ZEW-Intern; ZEW-Termine . . . . . 6
- ZEW-Neuerscheinungen . . . . . 2, 6
- Daten und Fakten . . . . . 7
- Standpunkt . . . . . 8

## ZEW-Forschungsergebnisse

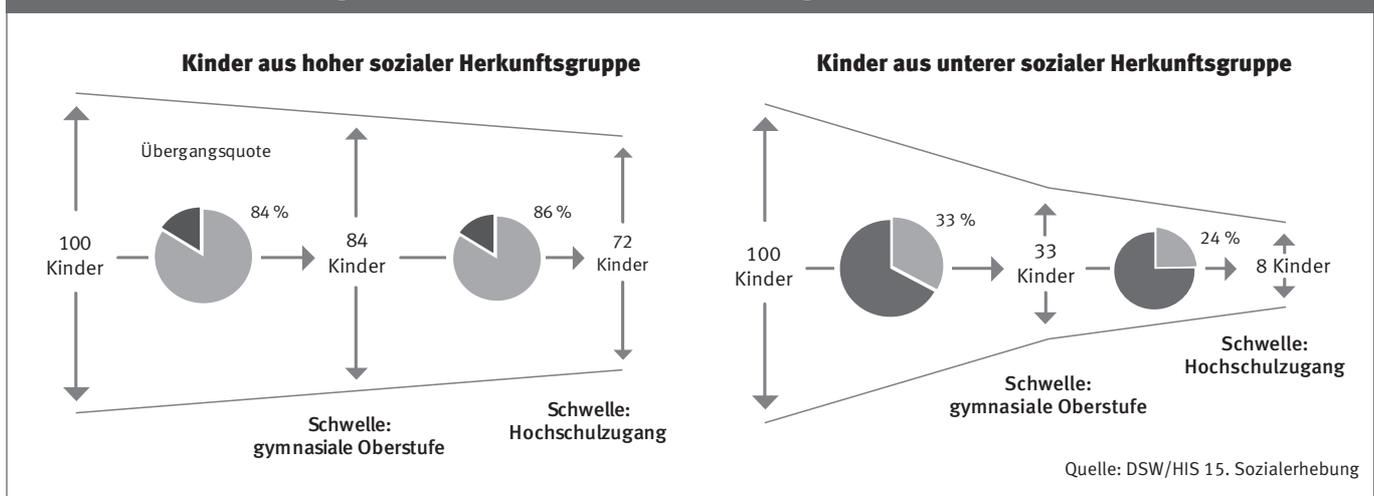
ten, um einen Wohlstandsgefährdenden Mangel an technisch-naturwissenschaftlich qualifizierten Akademikern abzuwenden? Grundsätzlich muss in Deutschland der Anteil der Personen, die überhaupt eine akademische Ausbildung antreten können, deutlich steigen. Mit einem Anteil studienberechtigter Schulab-

gem Einkommen, eine Hochschule zu besuchen, sehr gering sind. Von 100 Kindern hoher sozialer Herkunft (hoher Bildungsstand, hohes Einkommen) erreichen 84 die gymnasiale Oberstufe und 72 beginnen ein Hochschulstudium. Von 100 Kindern aus der unteren sozialen Herkunftsgruppe (niedriger Bildungs-

stand, niedrigeres Einkommen) erreichen nur 33 die gymnasiale Oberstufe und nur 8 beginnen ein Hochschulstudium. In diesen Unterschieden drücken sich nicht sozialgruppenspezifische Begabungsunterschiede aus, sondern vielmehr die mangelhafte Fähigkeit des deutschen Schulsystems, die elterhausbedingten unterschiedlichen Voraussetzungen durch entsprechende Förderung wettzumachen. Die geringe Stu-

dier-Beteiligung von Studenten niedriger sozialer Herkunft ist unter dem Aspekt der technologischen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft deswegen besonders problematisch, weil gerade Studienanfänger aus diesen Herkunftsgruppen zu deutlich überdurchschnittlichen Anteilen tech-

### Bildungstrichter: Schematische Darstellung sozialer Selektion 1996



gänger von 33 bis 37 Prozent (je nach Messmethode) eines Altersjahrgangs lag Deutschland zum Ende des Jahrtausends deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von über 55 Prozent und auch deutlich unter den Anteilen aller wichtigen Industrieländer.

Dies hat seine Ursache ganz wesentlich darin, dass im deutschen Schulsystem die Chancen für Kinder von Eltern mit geringem Bildungsstand und niedri-

stand der Eltern, niedriges Einkommen) treten dagegen nur 33 in eine gymnasiale Oberstufe ein und nur 8 nehmen ein Studium auf. In diesen Unterschieden drücken sich nicht sozialgruppenspezifische Begabungsunterschiede aus, sondern vielmehr die mangelhafte Fähigkeit des deutschen Schulsystems, die elterhausbedingten unterschiedlichen Voraussetzungen durch entsprechende Förderung wettzumachen. Die geringe Stu-

nisch-naturwissenschaftliche Studiengänge wählen. Eine durchgreifende Erhöhung ihrer Studentenzahlen hätte deshalb merkliche Auswirkungen auf die Erhöhung der Absolventenzahlen der dringend benötigten Ingenieure und Naturwissenschaftler.

Die vollständige Studie findet sich im Internet unter <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/docus/dokumentation0303.pdf> ◀

Jürgen Egel, [egeln@zew.de](mailto:egeln@zew.de)

Friedhelm Pfeiffer

#### Lohnrigiditäten im gemischten Lohnbildungssystem

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland würde man aus ökonomischer Sicht einen zurückhaltenden Kurs der Lohnpolitik erwarten, um einen zügigen Beschäftigungsaufbau zu ermöglichen. Tatsächlich aber senken Unternehmen selten die Löhne, und sie reagieren auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eher mit Arbeitszeitreduktionen und/oder Entlassungen. Das vorliegende Buch gibt theoretische und empirische Antworten auf die Frage, welche Rolle das gemischte System der Lohnbildung, das Elemente der Privat- und Tarifautonomie umfasst, für die Lohnpolitik spielt: Können die Löhne nicht sinken, weil dem Tarifverträge entgegenstehen? Oder sinken sie nicht, um individuelle Vereinbarungen einzuhalten und die Arbeitsmoral und -produktivität der Beschäftigten nicht zu gefährden? Es werden exogene und endogene Ursachen von Lohnrigiditäten betrachtet. Der Autor weist die Existenz von tariflichen und nominalen Lohnrigiditäten in Deutschland nach. Die Höhe der daraus resultierenden Lohnaufschwemmung wird mit ökonomischen Modellen abgeschätzt, ebenso wie deren mikro- und makroökonomische Konsequenzen für Arbeitsplatzsicherheit und Beschäftigung.

ZEW Wirtschaftsanalysen – Schriftenreihe des ZEW, Band 65, Nomos Verlag, Baden-Baden, ISBN 3-8329-0066-7

## ZEW-Forschungsergebnisse

# EU-Finanzmarktaufsicht: Wachsendes Systemrisiko erfordert Kontrolle

Das System der Finanzaufsicht in der EU befindet sich im Umbruch. Die zunehmende Integration der Finanzmärkte erfordert eine stärkere Zusammenarbeit der nationalen Aufseher. Ausschüsse auf EU-Ebene können hierbei sicherlich gute Dienste leisten. Bezüglich der Beobachtung des mittlerweile EU-weiten Systemrisikos sowie der Koordinierung von Maßnahmen im Krisenfall besteht allerdings ein Defizit, wie eine ZEW-Studie im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft zeigt.

■ Das Vorliegen von Systemrisiko ist ein wesentlicher Grund für die Aufsicht und Regulierung von Banken. Der Begriff Systemrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Insolvenz einer einzelnen Bank zum Zusammenbruch weiterer Banken führen und so eine Kettenreaktion von Bankzusammenbrüchen auslösen kann. Dies würde das gesamte – mittlerweile nicht mehr nur nationale, sondern europäische – Bankensystem bedrohen. Erfahrungsgemäß hätte dies hohe realwirtschaftliche Kosten zur Folge.

Die Finanzminister Deutschlands und Großbritanniens, Hans Eichel und Gordon Brown, haben im April 2002 ihre Vorstellungen für eine grundlegende Reform des europäischen Aufsichtssystems auf den Tisch gelegt. Sie haben damit eine kontroverse Diskussion ausgelöst. Zwar besteht Einigkeit darüber, dass die zunehmende Integration der Finanzmärkte in der EU eine Anpassung der Aufsichtsstrukturen unerlässlich macht. Wie die Neuordnung genau aussehen soll, ist zwischen Politikern, Aufsehern und Notenbankern umstritten.

### Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die meisten Experten sind sich einig, dass der Aufbau einer die Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht umfassenden europäischen Allfinanzaufsichtsbehörde beim derzeitigen Stand der Dinge verfrüht wäre. Fraglich ist ohnehin, ob eine solche Mega-Behörde unter Effizienzgesichtspunkten überhaupt wünschenswert wäre. Eine Reform der europäischen Aufsichtsstruktur wird sich daher in erster Linie auf eine Stärkung und Verbesserung der Zusammenarbeit

zwischen den nationalen Institutionen der Finanzmarktaufsicht konzentrieren. Hierzu sollen unter anderem Ausschüsse auf EU-Ebene geschaffen werden.

Der Eichel/Brown-Vorschlag wurde unter anderem auf Druck der Notenbanken, die durch ihn ihren Einfluss bei der Bankenaufsicht beschnitten sahen, vom EU-Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) überarbeitet. Dieser legte im Oktober 2002 einen Bericht zur Regulierung, Aufsicht und Stabilität der Finanzmärkte vor. Nach diesem Vorschlag soll das bei der Aufsicht der europäischen Wertpapiermärkte bereits angewandte Lamfalussy-Verfahren, benannt nach dem ersten Präsidenten des Europäischen Währungsinstituts, auf die anderen Finanzmarktbereiche, also auf Banken, Versicherungen und Finanzkonglomerate, ausgeweitet werden.

Das Lamfalussy-Modell reformiert das EU-Gesetzgebungsverfahren im Hinblick auf die Bankenregulierung. Ziel ist unter anderem eine schnellere Gesetzgebung, die mit den Veränderungsprozessen an den Finanzmärkten Schritt hält. Außerdem soll Konvergenz in der Aufsichtspraxis und eine konsistente Implementierung von EU-Direktiven bewirkt werden. Ergänzt wird dies durch die Baseler Eigenkapitalrichtlinien, die bereits eine Form der internationalen Bankenregulierung darstellen. In Bezug auf die Regulierung von Banken wird somit dem zunehmend integrierten EU-Bankenmarkt Rechnung getragen.

Aufsicht im engeren Sinne, das heißt die Überwachung der Regulierung, sollte so nahe wie möglich an den zu überwachenden Finanzinstitutionen erfolgen, also auf nationaler Ebene. Durch die zunehmende Verflechtung im EU-Banken-

markt ergibt sich hier aber ein verstärkter Bedarf an grenzüberschreitender Koordination, dem die vorgesehenen Ausschüsse auf EU-Ebene Rechnung tragen.

Fraglich ist allerdings, ob das vorgeschlagene EU-Aufsichtssystem dazu geeignet ist, Bankenmarktstabilität im Krisenfall zu sichern. Dabei stellt sich auch die Frage nach der Notwendigkeit eines europäischen „Lender of Last Resort“ (LOLR) sowie der Koordination einer solchen Maßnahme. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist die Einbindung der nationalen Notenbanken und der EZB, die als einzige die Möglichkeit zur Geldschöpfung hat.

Häufig wird argumentiert, dass die EZB und das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) bereits implizit eine Art LOLR darstellen. Falls nötig ständen daher im Krisenfall die erforderlichen Mechanismen bereit, um eine Finanzkrise zu bekämpfen.

### Gremium zur Krisenprävention

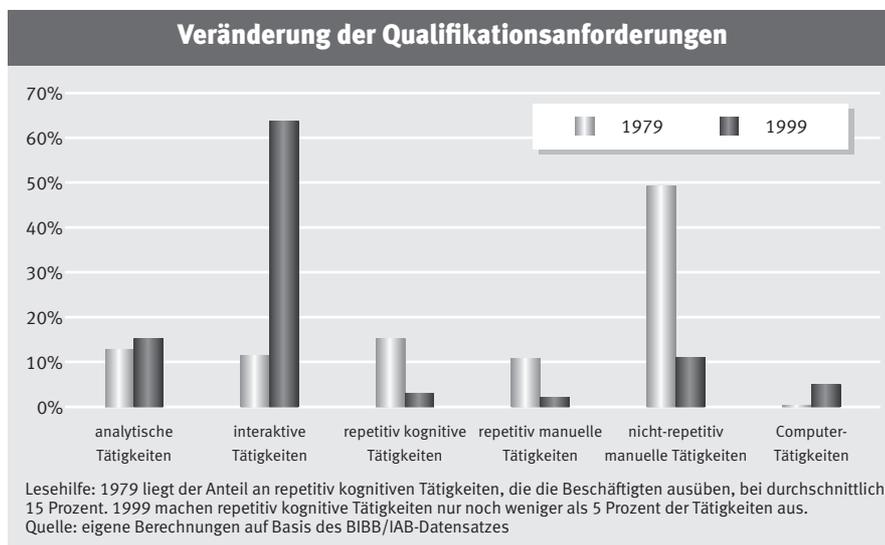
Sicherlich besteht kein Zweifel an der Fähigkeit und dem Willen des Euro-Systems, im Krisenfall zu handeln. Zur Optimierung der Abläufe im Falle einer Krise, vor allem aber zur Krisenprävention, sollte es auf EU-Ebene ein Gremium geben, das das europaweite Systemrisiko überwacht. Eine einfache Kooperation zwischen den nationalen Aufsehern dürfte hierzu nicht ausreichen. Da einem solchen „Observatory of Systemic Risk“ eine große Rolle bei der Koordinierung der Maßnahmen im Krisenfall zukommen könnte, ist eine enge Kooperation mit dem LOLR, also der EZB und den nationalen Notenbanken erforderlich. ◀

Martin Schüler, [schueler@zew.de](mailto:schueler@zew.de)

## ZEW-Forschungsergebnisse

# IT ändert die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten

Der Anteil der Beschäftigten mit höheren Bildungsabschlüssen hat in den vergangenen drei Jahrzehnten stark zugenommen. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die rasante Verbreitung von Informationstechnologien (IT) am Arbeitsplatz, die zu einer Verschiebung der Anforderungsprofile an die Arbeitnehmer führt. Analytische und interaktive Tätigkeiten, bei deren Ausübung höher qualifizierte Beschäftigte einen komparativen Vorteil haben, werden durch IT immer wichtiger. Dies zeigt eine ZEW-Studie im Auftrag der Landesstiftung Baden-Württemberg, die den Zusammenhang zwischen IT, Veränderung der Qualifikationsanforderungen am Arbeitsplatz und der Nachfrage nach Personal mit höheren Bildungsabschlüssen untersucht.



Der rasante Preisrückgang bei Informationstechnologien (IT) hat in den vergangenen drei Jahrzehnten dazu geführt, dass IT in nahezu allen Bereichen des modernen Lebens zu finden sind. Erheblich beeinflusst haben diese Technologien insbesondere die Arbeitswelt. Dabei liegt der Wert von IT in der Eigenschaft, Informationen speichern, analysieren, verarbeiten und auf sie reagieren zu können. Diese Eigenschaft hat die Qualifikationsanforderungen an die Arbeitnehmer in Richtung solcher Tätigkeiten verschoben, bei denen Personen mit höheren Bildungsabschlüssen einen komparativen Vorteil haben.

Dass eine komplementäre Beziehung zwischen IT und Beschäftigten mit höheren Bildungsabschlüssen besteht, dokumentieren bereits viele empirische Untersuchungen. Diese berücksichtigen jedoch keine konzeptionelle Verbindung zwischen dem vermehrten Einsatz von

IT und den Anforderungen, die moderne Arbeitsplätze an die Arbeitnehmer stellen. Qualifikationsverzerrter technologischer Fortschritt findet in einer „black box“ statt, die zugrunde liegenden Mechanismen bleiben unberücksichtigt.

### Vielschichtige Qualifikationsanforderungen am Arbeitsplatz

Die ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 03-04) widmet sich diesen Mechanismen. Es werden sechs Tätigkeitsmaße berücksichtigt, um der Vielschichtigkeit der Qualifikationsanforderungen am Arbeitsplatz Rechnung zu tragen: analytische Tätigkeiten wie Forschung, Entwicklung und Planung; interaktive Tätigkeiten wie das Führen von Verhandlungen, Koordinationsaufgaben oder Delegationsaufgaben; repetitiv kognitive Tätigkeiten wie doppelte Buchführung und Berechnungen; repetitiv manuelle

Tätigkeiten wie die Bestückung von Maschinen oder das Sortieren von Material; nicht-repetitiv manuelle Tätigkeiten wie Gartenarbeit oder Hausverwaltungsarbeiten, sowie Tätigkeiten am Computer.

Die Tätigkeiten unterscheiden sich in ihrer Beziehung zu IT. Repetitive Tätigkeiten sind programmierbar und können deshalb von Computern oder computer-gesteuerten Maschinen übernommen werden. Im Gegensatz dazu unterstützen IT die Mitarbeiter bei der Ausübung analytischer und interaktiver Tätigkeiten, wodurch deren Produktivität steigt. Darüber hinaus verlangt der Umgang mit IT von den Mitarbeitern, dass sie mit Softwareprogrammen umgehen lernen.

Die empirische Analyse unterstützt die Hypothese, dass IT auf Grund der komplementären Beziehung zu analytischen und interaktiven Tätigkeiten und auf Grund der substitutiven Beziehung zu repetitiv manuellen und repetitiv kognitiven Tätigkeiten die Nachfrage hin zu Beschäftigten mit höheren Bildungsabschlüssen verschiebt. Die Wirkung von IT auf den Arbeitsmarkt besteht also nicht nur darin, dass bestimmte Berufe vollständig durch IT ersetzt werden und andere IT-bezogene Berufe entstehen. Vielmehr ist die Einführung von IT mit der Veränderung nahezu aller Erwerbsberufe verbunden, da einige Tätigkeiten, wie beispielsweise analytische, mehr Gewicht bekommen und andere Tätigkeiten, wie beispielsweise repetitiv kognitive, durch IT ersetzt werden. Diese Verlagerung der Tätigkeitsschwerpunkte führt zu einem vermehrten Einsatz von Beschäftigten mit höheren Bildungsabschlüssen. ◀

Alexandra Spitz, spitz@zew.de

## ZEW-Konferenz

### Empirische Innovations- und Patentökonomik

■ Am 14. und 15. März 2003 fand am ZEW eine Konferenz zum Thema „Empirical Economics of Innovation and Patenting“ statt, an der mehr als 75 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Europa, Nordamerika und Asien teilnahmen. In insgesamt 36 Vorträgen wurden aktuellste Ergebnisse der empirischen Forschung auf dem Gebiet der Innovations- und Patentökonomik diskutiert.

#### International renommierte Forscher unter den Rednern

Die Konferenz eröffnete Ministerialdirigent Dr. Heribert Knorr, Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung des Hochschulwesens im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg. Zu den geladenen Rednern gehörten international renommierte Wissenschaftler wie Bron-



Bronwyn H. Hall

wyn H. Hall (University of California at Berkeley), Dietmar Harhoff (Ludwig-Maximilians-Universität München), Jacques Mairesse (CREST Paris), Pierre Mohnen (MERIT Maastricht), Mark Schankerman (London School of Economics) und Frederic M. Scherer (Princeton University).

Bronwyn H. Hall untersuchte in ihrem Beitrag den Einfluss von Patenten auf den Marktwert von Unternehmen unter dem Gesichtspunkt der strategischen Funktion

von Patenten. Pierre Mohnen stellte eine gemeinsame Arbeit mit Jacques Mairesse zu Produktivitätseffekten von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) im internationalen Vergleich vor. Der gemeinsame Vortrag von Jacques Mairesse und Elisabeth Kremp (SESSI Paris) konzentrierte sich auf die Bedeutung des Wis-



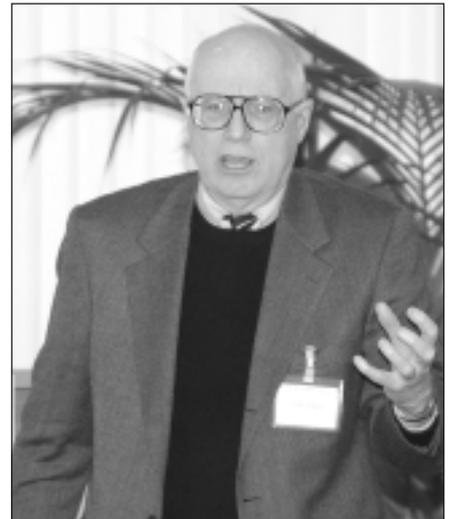
Mark Schankerman

sensmanagements für FuE-getriebene Produktivitätssteigerungen. Beide Studien griffen auf Daten von Innovationserhebungen im Zuge der sogenannten Community Innovation Surveys (CIS) zurück, an denen auch das ZEW beteiligt ist.

Mark Schankerman präsentierte eine gemeinsame Studie mit Jean O. Lanjouw (University of California at Berkeley) zur Durchsetzung von Patentrechten, die sich insbesondere mit den Determinanten von Patentverletzungsprozessen und deren Ausgängen befasste. Dietmar Harhoff betrachtete in seiner Arbeit für Europa spezifische Einsprüche gegen Patenterteilungen und analysierte deren Bestimmungsfaktoren und Ergebnisse. Frederic M. Scherer ging in seinem Abschlussreferat auf die Wohlfahrtseffekte ein, die entstehen, wenn Länder der sogenannten dritten Welt in der pharmazeutischen Industrie Standards zum Patentschutz übernehmen, die in Industrieländern verbreitet sind.

Die Vorträge dieser sechs geladenen Wissenschaftler bildeten den Rahmen für

weitere 30 Beiträge, die eine Begutachtungskommission aus mehr als 100 Einreichungen ausgewählt hatte. Diese Arbeiten wurden den Teilnehmern in zehn Sitzungen zur Diskussion gestellt, die sich thematisch unterschieden. Ein Teil der Sitzungen befasste sich mit aktuellen Themen der Patentforschung wie der Durchsetzung von Patentrechten, der Verwendung von Patentzitationen zur Abschätzung des Patentwertes, dem Wissenstransfer durch Offenlegung von Informationen in Form von Patenten sowie besonderen Problemen der Patentierung in einzelnen Technologiefeldern.



Frederic M. Scherer

Einen zweiten Schwerpunkt der Tagung bildete das breite Thema der Innovationsforschung. Betrachtet wurden hier unter anderem die Produktivitätseffekte von Innovationen, die Bedeutung von komplementären Beziehungen im Rahmen von Innovationsaktivitäten, Innovationskooperationen und -netzwerke, der Zusammenhang zwischen der Innovationsfähigkeit und den betrieblichen Finanzen sowie neuere theoretische Modellgrundlagen der empirischen Innovationsforschung.

Auf der ZEW-Homepage liegen unter [www.zew.de/innovation-patenting](http://www.zew.de/innovation-patenting) die vorgestellten Papiere für interessierte Leser als PDF-Dateien zum Herunterladen bereit. ◀

Prof. Dr. Norbert Janz, [janz@zew.de](mailto:janz@zew.de)

## ZEW-Intern



### Auszeichnung für Dirk Engel

Dirk Engel, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, wurde für seinen Beitrag „Venture Capital Aktivitäten in Deutschland: Eine empirische Analyse zur regionalen Struktur“ auf dem 39. Winterseminar der Gesellschaft für Regionalforschung im Februar 2003 der Edwin von Böventer Preis verliehen. Eng verbunden mit der

Venture Capital-Finanzierung junger Unternehmen ist die Hoffnung, dass sich positive Impulse für die Entwicklung der Regionen ergeben, in denen solche Unternehmen ihren Standort haben. In seinem Papier (ZEW Discussion Paper No. 02-37) untersucht Dirk Engel daher, wo sich die Standorte Venture Capital-finanzierter Unternehmen befinden und welche Faktoren die regionale Verteilung dieser Unternehmen erklären können. ◀

## ZEW-Neuerscheinungen

### ■ Discussion Papers

Spitz, Alexandra: *IT Capital, Job Content and Educational Attainment*, No. 03-04.

Lutz, Stefan H.; Talavera, Oleksandr: *Do Ukrainian Firms Benefit from FDI?*, No. 03-05.

Böhringer, Christoph; Löschel, Andreas: *Climate Policy Beyond Kyoto: Quo Vadis? A Computable General Equilibrium Analysis Based on Expert Judgements*, No. 03-09.

Schröder, Michael: *Socially Responsible Investments in Germany, Switzerland and*

*the United States – An Analysis of Investment Funds and Indices*, No. 03-10.

Schröder, Michael; Schüler, Martin: *Systemic Risk in European Banking – Evidence from Bivariate GARCH Models*, No. 03-11.

Tykvová, Tereza: *The Decision of Venture Capitalists on Timing and Extent of IPOs*, No. 03-12.

Büttner, Thiess; Spengler, Hannes: *Local Determinants of Crime: Distinguishing Between Resident and Non-resident Offenders*, No. 03-13.

Rennings, Klaus; Ziegler, Andreas; Ankele, Kathrin; Hoffmann, Esther; Nill, Jan: *The Influence of the EU Environmental Management and Auditing Scheme on Environmental Innovations and Competitiveness in Germany: An Analysis on the Basis of Case Studies and a Large-Scale Survey*, No. 03-14.

Hölsch, Katja; Kraus, Margit: *Poverty Alleviation and the Degree of Centralisation in European Schemes of Social Assistance*, No. 03-16.

## ZEW-Termine

### ■ Expertenseminare

*Finanzmarkt-Ökonometrie, Teil 1: Grundlagen*, 6./7. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Familiengerechte Personalpolitik*, 8. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Der richtige Umgang mit Marktdaten – Grundkurs Marktforschung*, 12. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Der richtige Umgang mit Marktdaten – Aufbaukurs Marktforschung*, 13. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Präsentationen individuell gestalten*, 13./14. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*EU-Forschungsförderung: Eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen*, 14. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Handlungsoptionen im liberalisierten Elektrizitätsmarkt*, 15. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Wirtschaftsanalysen kompetent nutzen und durchführen – Ökonometrische Methoden für die Praxis*, 15./16. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Quantitative und qualitative Analysemethoden von Corporate Bonds*, 20. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Economic Modeling Workshop 2003: Modellierung von technischem Wandel – Theorie und Anwendungen in der Energie- und Umweltpolitik*, 21. - 23. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Presenting in English*, 26./27. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Finanzmarkt-Ökonometrie, Teil 2: Fortgeschrittene Verfahren*, 23./24. Juni 2003, ZEW-Gebäude

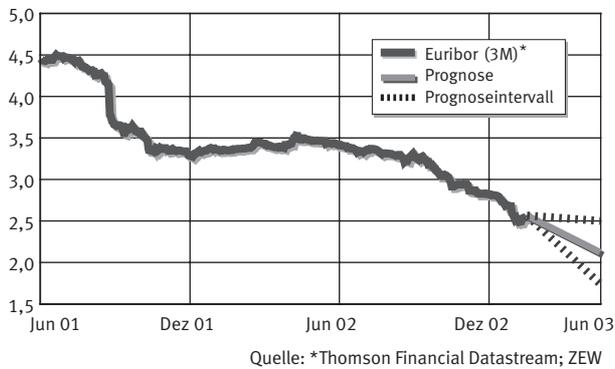
*Wettbewerbsanalyse*, 26. Juni 2003, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter [www.zew.de](http://www.zew.de)

Wir senden Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## Daten und Fakten

### ZEW-Finanzmarkttest im März



#### Starker Euro beflügelt Zinssenkungserwartungen

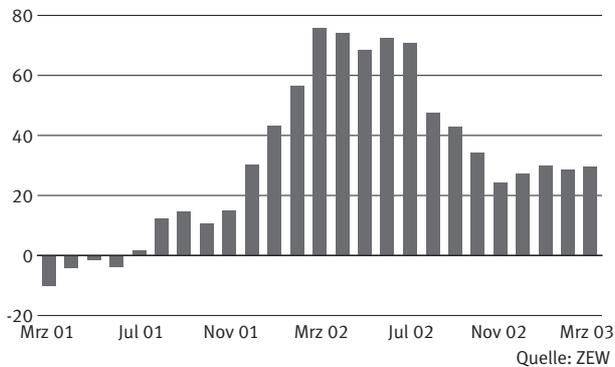
Der Trippelschritt der EZB am 6. März hat die Zinserwartungen der Finanzexperten kaum beeinflusst. Der Anteil derjenigen, die weitere Zinssenkungen erwarten, stieg sogar. Dass sich Zinssenkungserwartungen nach einer Zinssenkung nicht zurückbilden, ist ungewöhnlich. Dies deutet darauf hin, dass der 25-Basispunkte-Schritt am Vorabend des neuen Golfkriegs von einer Mehrheit als unzureichend betrachtet wurde. Angesichts des im Umfragezeitraum zunehmend als sicher geltenden Kriegsausbruchs erwarten die Experten daher kurzfristig weitere Taten der EZB. Genährt wurde diese Auffassung durch Andeutungen von Wim Duisenberg über die Bereitschaft des EZB-Rats zu schnellen Aktionen.

*Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de*

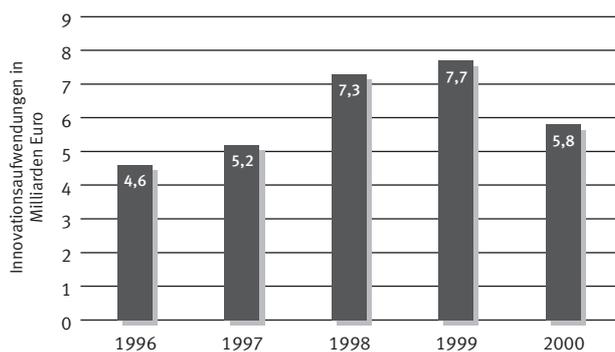
#### Verhaltener Optimismus im Euroraum

Der Indikator für die Konjunkturerwartungen im Euroraum ist im März leicht von 28,7 Punkten auf 29,6 Punkte gestiegen. Mehrere Faktoren haben den Indikator beeinflusst: Zum einen lag die Zinssenkung der Europäischen Zentralbank um 25 Basispunkte im Umfragezeitraum. Auch wenn die Finanzmärkte einen größeren Zinsschritt erwartet hatten, hat diese Maßnahme den Konjunkturoptimismus unterstützt. Dies zeigt sich bei einer getrennten Auswertung der Antworten vor und nach der Zinssentscheidung. Auf der anderen Seite haben die volatilen Aktienmärkte sowie die Irakkrise – der Krieg begann erst nach Abschluss der Umfrage – den Optimismus etwas gedämpft.

*Felix Hüfner, hufner@zew.de*



### Kredit- und Versicherungsgewerbe: Innovationsbudgets gekürzt



Im Kredit- und Versicherungsgewerbe sind die Innovationsaufwendungen im Jahr 2001 stark gesunken. Die Unternehmen kürzten ihre Innovationsbudgets um 1,9 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Rückgang um 24 Prozent. Mit 5,8 Milliarden Euro gab die Branche 2001 wieder in etwa so viel für Innovationsprojekte aus wie 1997. Der starke Anstieg der beiden vorangegangenen Jahre war vor allem von der Euro-Umstellung und den Aufwendungen für die „Millennium-Umstellung“ geprägt. Nach dem Wegfall dieser außergewöhnlichen Aktivitäten gingen die Aufwendungen wieder auf ein für die Branche normales Niveau zurück.

*Tobias Schmidt, schmidt@zew.de*

### Sinkende Preise sind kein Thema im europäischen Gütermarktverkehr

	Steigt	Sinkt	Saldo
<b>Straßengüterverkehr</b>			
Westeuropa	49,0%	5,8%	43,3%
Osteuropa	48,5%	11,3%	37,1%
<b>Schienengüterverkehr</b>			
Westeuropa	26,1%	0,0%	26,1%
Osteuropa	31,3%	1,6%	29,7%
<b>Kurier-, Express- und Paketdienst (KEP)</b>			
Westeuropa	51,3%	0,0%	51,3%
Osteuropa	48,6%	0,0%	48,6%
<b>Kombinierter Verkehr</b>			
Westeuropa	33,8%	0,0%	33,8%
Osteuropa	30,8%	0,0%	30,8%

Quelle: ZEW

Die Mehrheit der Experten des GLS TransportmarktBarometers rechnet im ersten Quartal 2003 mit Preissteigerungen in den kommenden sechs Monaten. Im europäischen Straßengüterverkehr, im KEP-Markt (Kurier, Express und Paket) und in der Luftfracht (52,2 Prozent) geht etwa die Hälfte der Experten von steigenden Preisen aus, im Schienengüterverkehr sind es immerhin rund ein Drittel. Sinkende Transportkosten erwartet in diesen Märkten kaum ein Experte. Lediglich im osteuropäischen Straßengüterverkehr rechnet rund jeder zehnte mit sinkenden Preisen. Vermutlich gehen die Experten weiterhin von Dumpingpreisen osteuropäischer Frachtführer aus.

*Georg Bühler, buehler@zew.de*



## Pakt

# standpunkt

**G**leich zu Beginn seiner Regierungserklärung vom 14. März hat der Bundeskanzler zum Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) Stellung genommen. „Deshalb halten wir am Ziel der Haushaltskonsolidierung und an dem im Stabilitätspakt vereinbarten Rahmen fest. Nur: Dieser Pakt darf nicht statisch interpretiert werden. Er lässt Raum für Reaktionen auf unvorhergesehene Ereignisse.“ Was ist damit gemeint: „nicht statisch interpretieren“?

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass der SWP ein beträchtliches Maß an Flexibilität aufweist. Erstens erlaubt er die Hinnahme konjunkturbedingter Defizite bis zu einer Höhe von 3 v. H. des Bruttoinlandsprodukts, also gut 63 Milliarden Euro hierzulande. Das ist ein ansehnlicher Betrag, mit dem normale konjunkturell bedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben finanziert werden können – vorausgesetzt, ein nicht-konjunkturbedingtes („strukturelles“) Defizit wurde vorher auf den Wert null zurückgefahren. Zweitens tragen die Regeln des SWP einer schweren Rezession Rechnung. Eine solche liegt vor, wenn das reale Bruttoinlandsprodukt innerhalb eines Jahres um mindestens 2 v. H. gesunken ist. Ein schwer wiegender Wirtschaftsabschwung kann aber auch bei geringeren Rückgängen konstatiert werden. Drittens berücksichtigen die Bestimmungen des SWP auch außergewöhnliche Ereignisse wie Kriege oder Naturkatastrophen, allerdings unter der Einschränkung, dass „dies Ereignis sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedsstaates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt“.

Nicht der SWP ist also das Problem, sondern unzureichende Konsolidierungsanstrengungen in den vergangenen Jahren sind es. Von vielen (wissenschaftlichen) Institutionen wurde die Rückführung des strukturellen Defizits mit Vehemenz angemahnt – vergeblich. Nach Berechnungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung belief sich hierzulande das „strukturelle“ Defizit im Jahr 2002 auf sage und schreibe 2 3/4 v. H., lag mithin knapp unterhalb der Defizitobergrenze von

3 v. H. Jetzt ist der Katzenjammer verständlicherweise groß, weil die Reserven fehlen, um mögliche weitere konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben hinnehmen zu können, so wie es eine antizyklische Finanzpolitik eigentlich verlangte. Hochkonjunktur haben mithin „Uminterpretationen“ des SWP.

Die Rede ist beispielsweise davon, staatliche Investitionen aus den Berechnungen des Defizits herauszunehmen, weil sie doch wachstumsfördernd seien. An der positiven Wirkung einiger staatlicher Investitionen für das Wirtschaftswachstum mag sicherlich etwas dran sein – der Bildungsbereich kann als Beispiel dienen –, aber es lässt sich leicht ausmalen, wie Heerscharen von „kreativen Buchhaltern“ nahezu jedwede staatliche Ausgabe als „Investition“ deklarieren, weil sie angeblich wachstumsfördernd sei. Die „kreative Buchführung“ ist uns allen doch wohl noch in Erinnerung, als es seinerzeit um die Erfüllung der Konvergenzkriterien ging!

Ein anderer Vorschlag läuft darauf hinaus, eine niedrigere Defizitobergrenze lediglich für das „strukturelle“ Defizit zu bestimmen. Auch dieser Vorschlag hat etwas für sich, aber die eben vorgetragenen Gegenargumente greifen wiederum, weil es kein allgemein akzeptiertes Verfahren zur Berechnung eines „strukturellen“ Defizits gibt und es nicht der Kreativität der einzelnen Staaten anheim gestellt werden darf, welcher Teil des staatlichen Defizits konjunkturbedingt und welcher „strukturell“ ist.

Nein, jetzt, wo der SWP seine erste Bewährungsprobe zu bestehen hat, gibt es an ihm nichts zu deuteln, des Vertrauens für den Euro wegen. Es mag misslich sein, derzeit weiter konsolidieren zu müssen. Aber: Wer nicht hören wollte oder will, muss fühlen.

*Wolfgang Franz*

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

**Nachdruck und sonstige Verbreitung:** mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

**Druck:** Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher